

LUXEMBURG IN DER EU

# Europa der großen und kleinen Nationen



Große und Kleine, Dicke und Dünne: Zum Gruppenbild mit Dame posieren auch in Nice wieder alle Delegierten Schulter an Schulter. (Foto: Présidence française)

**In Bezug auf seine Bevölkerung kommt das kleine Luxemburg in den EU-Gremien ganz groß raus. Eine Übergewichtung, die auf dem Gipfel in Nice (noch) nicht wirklich in Frage gestellt wird. Eine national-kritische Diskussion darüber findet im europäischen Musterland ebenfalls (noch) kaum statt.**

Die Kleinen müssen zusammenhalten. Was für die gesamte Gemeinschaft der europäischen Nationen gilt, ist in luxemburgischen Kreisen besonders ausgeprägt. Ob im Europa-Parlament, in den Ministerräten oder in der Kommission: Oft genug bestimmt nicht die politische Herkunft der AkteurInnen das Meinungsbild sondern die nationale Zugehörigkeit. Da kommt es schon mal vor, dass die Europa-Abgeordnete der DP oder der Kollege der LSAP sich keck gegen das Votumsgebot ihrer jeweiligen Fraktion in Straßburg stellen und "autonom" abstimmen. Der nationalen Interessen willen.

Schließlich muss gerade das kleine Luxemburg kucken, wo es in Brüssel bleibt. Dabei meint die EU es durchaus gut mit ihrem kleinsten Mitglied. In so mancher Tageszeitung wurde dies in den letzten Tagen in eindrucksvollen Grafiken dargestellt: Eine deutsche Stimme im Ministerrat ist gut acht Millionen Menschen wert, eine französische sechs Millionen. Hinter

den drei Luxemburger Stimmen stehen gerade einmal je 0,14 Millionen Menschen. Europäisch gedacht - eine Ungerechtigkeit?

## Wenn die Großen streiten ...

Innerhalb der Grenzen des Großherzogtums wird nur wenig über diese David-Goliath-Vergleiche debattiert. Verhandlungsführer Jean-Claude Juncker wird nicht müde zu betonen, er werde die Luxemburger Pfründe in Brüssel zu verteidigen wissen. "Die EU ist auf der Basis einer Partnerschaft gegründet worden", kommentiert der ehemalige Europa-Abgeordnete Ben Fayot gegenüber der WOXX den laufenden Streit zwischen Frankreich und Deutschland. "Die Zahl der Einwohner eines jeweiligen Landes ist in meinen Augen nicht vorrangig." Vor der aktuellen "Epiciers-Rechnung" um die Gewichtung der Stimmen im Ministerrat kommt seiner Meinung nach eine Debatte um die grundsätzliche Entwicklung der Organisation des Ministerrats: "Derzeit fungiert der Rat als Zwitter zwischen Legislative und Exekutive. Die beiden Funktionen müssten klar getrennt werden", so Fayot.

Auch für andere stehen inhaltliche Diskussionen im Vordergrund: "Es stört mich, dass es in dieser Diskussion hauptsächlich um Macht und Prestige dieser Länder geht", sagt Claude Turmes, Abgeordneter für "Déi Gréng" im Europaparlament. "Die wichtigste Frage: Welches Europa wollen wir? gerät dabei vollkommen in den Hintergrund."

Eine nationale Vertretung, zum Beispiel in der Kommission, ist jedoch auch für Turmes schon aus pragmatischen Gründen wichtig: "Wird die Anzahl der KommissarInnen reduziert,

üben die Nationen ihren Einfluss nicht mehr auf diesem Niveau aus, sondern eine Ebene tiefer", erklärt Claude Turmes. "Einen Kommissar kann man politisch angreifen, einen untergeordneten Funktionär weniger. Deshalb bin ich für eine größere Kommission." Auch "déi Lénk" befürworten eine Luxemburger Präsenz in der Kommission. Es sei keine Priorität, so Jean-Laurent Redondo, doch eine gewisse Garantie dafür, "dass die Interessen eines Landes berücksichtigt werden". "Aus linker Perspektive nutzt es natürlich nicht viel, wenn diese Kommissarin Viviane Reding heißt", räumt Redondo ein. Die Zusammensetzung der gesamten Kommission sei deshalb wichtiger als die nationale Besetzung.

## Diskussion bleibt im nationalen Rahmen

Sind nationale Grenzen im vereinigten Europa das richtige Kriterium, um Posten zu vergeben? "Ich bin kein Nationalist", sagt dazu Ben Fayot. "Im Moment gibt es in keinem Land der EU eine Diskussion darüber, die nationalen Grenzen in Europa abzuschaffen." Und: "Die EU ist eine Gemeinschaft von Staaten, die gerade die Eigenständigkeit eines kleinen Staates wie Luxemburg fördert." Es sei nicht der Wunsch der Bevölkerung, in einem Großen Europa aufzugehen. "Die politischen Debatten finden in den einzelnen Ländern statt", betont Claude Turmes. "Wenn die Meinungsbildung dort stattfindet, dann gilt der nationale Rahmen weiterhin auch auf europäischem Niveau."

"Die Idee, europäische Listen aufzustellen, ist ein Schritt in eine andere Richtung", fügt Turmes hinzu. Dadurch könnte die politische Ausrichtung statt nationaler Elemente mehr in den Vordergrund rücken, sagt auch Jean-Laurent Redondo. "Die Erkenntnis, dass eine enge Zusammenarbeit in der Linken auf europäischen Niveau sehr wichtig ist, setzt sich immer mehr durch." Es komme durchaus vor, dass in solchen Gremien Positionen vertreten werden, die sozusagen im Gegensatz zu den viel zitierten "Nationalen" Interessen stehen. Aloyse Bisdorff habe sich beispielsweise in Nice auf dem "Sommet de la gauche transformatrice européenne" für eine Harmonisierung der Steuergesetzgebung ausgesprochen.

Jean-Claude Juncker will bekanntlich in diesem Bereich nicht auf das Luxemburger Vetorecht im Ministerrat verzichten. "Wichtiger als die Stimmengewichtung ist die Abschaffung des Vetorechts", sagt Claude Turmes. "Es blockiert die Einführung wichtiger Regelungen im Umwelt- und Sozialbereich." "Wir brauchen eine doppelte Demokratisierung: in den Nationalstaaten und auf europäischer Ebene", stellt Redondo fest. Der Anfang dafür sei jetzt auch in Nice wieder sichtbar geworden: Am Donnerstag demonstrierten dort über 100.000 Menschen für ein anderes, sozialeres Europa.

Daniële Weber

## BSE in der Chamber

Bei der vom grünen Abgeordneten Camille Gira angefragten Aktualitätsdebatte am vergangenen Donnerstag zeigte sich der Landwirtschaftsminister Fernand Boden von seiner aufgeschlossenen Seite. Er versicherte, Luxemburg setze sich auf europäischer Ebene für ein nicht mehr befristetes Tiermehlverbot ein. Bei dem ersatzweise eingeführten Soja müsse man sicherstellen, dass es nicht genmanipuliert sei.

In puncto BSE-Schnelltests würden in Luxemburg bis Anfang Januar zwei Laboratorien eingerichtet, was sogar zu einer Überkapazität führen werde. Für die Tests, ebenso wie für europäische Stützkäufe, ist geplant, die SteuerzahlerInnen und die KonsumentInnen zahlen zu lassen, keinesfalls aber die LandwirtInnen.

Eine von "Déi Gréng" eingebrachte und einstimmig angenommene Motion fordert das Landwirtschafts- und das Gesundheitsministerium auf, ein öffentliches Informationssystem, ähnlich wie in anderen EU-Staaten, zu schaffen. Der Landwirtschaftsminister erklärte sich hierzu bereit. Statt einer Internet-Site sprach er sich aber für eine bodenständigere Information in Form einer Hotline aus.

Schließlich wurde auch eine "Déi Gréng"-Resolution für ein öffentliches BSE-Hearing einstimmig angenommen, bei dem es um Agrarpolitik und Nahrungsmittelsicherheit gehen soll.

## Tschernobyl, wo liegt das?

Am vergangenen Donnerstag hat die Osteuropa-Bank BERD die Kofinanzierung von zwei Atomreaktoren in der Ukraine beschlossen. Greenpeace verurteilte dies als "Schlag ins Gesicht der Tausenden von Tschernobyl-Opfern". Greenpeace-Luxemburg hatte bereits drei Tage zuvor die Entscheidung unserer Regierung kritisiert, im internationalen Bankinstitut für die Kreditvergabe zu stimmen: Wenn es darauf ankomme, stehe sie auf Seiten der Atomlobby.

Zwei parlamentarische Anfragen von François Bausch und Marc Zanussi gingen an den Finanzminister Jean-Claude Juncker: Warum die Regierung die Vergabe von Krediten für unsichere Atomreaktoren unterstütze. Die Antwort in der Essenz: Dies stelle das kleinere Übel dar, denn nur mit diesem Kredit-Bonbon könne die ukrainische Regierung dazu gebracht werden, die sowieso geplanten Atomkraftwerke einigermaßen sicher zu machen. Außerdem werde das Projekt auch erneuerbaren Energien neue Chancen eröffnen.

Reaktion der Grünen auf diesen Unsinn: Diese Entscheidung widerspreche Jean-Claude Junckers eigenen Worten, die CSV sei eine Anti-Atom-Partei. Sie weisen darauf hin, dass die Regierung, anders als die meisten EU-Staaten, in dieser Sache die Argumente und das Abstimmverhalten von der Nuklearlobby übernommen hat.

Durch dieses Verhalten ist auch die letzte von Marc Zanussis Fragen, vor deren Behandlung sich der Minister gedrückt hatte, beantwortet: Hat die Regierung ihre Position in Sachen Atompolitik verändert? Ja.

## Anti-Globalisierungs-Gipfel in Nice

Mehrere Zehntausend Menschen demonstrierten am Mittwoch in Nice für ein "Soziales Europa". Aufgerufen hatten der Europäische Gewerkschaftsbund und zahlreiche NGO, darunter Attac, und die "Marches Européennes contre le chômage, la précarité et l'exclusion". Auf den Kundgebungen wurde in mehreren Sprachen eine EU gefordert, die nicht nur Industrienormen und Zölle vereinheitlicht, sondern die auch Mindestlöhne, Arbeitslosengelder und Renten auf höchstem Niveau harmonisiert.

Empfingen wurden die Globalisierungs-GegnerInnen von einem großen Polizeiaufgebot. An der Grenze zu Italien wurde DemonstrantInnen die Einreise nach Frankreich verweigert. Am Donnerstag setzte die Polizei Tränengas ein, um Hunderte DemonstrantInnen aus der Nähe des Konferenzzentrums zu vertreiben. Für die Dauer des gesamten EU-Gipfels sind Gegen-Veranstaltungen geplant (Infos unter: [www.attac.org/nice2000/](http://www.attac.org/nice2000/)).

